

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

NR.38

9.6.1974



INLAND

<u>kiel</u>	ötv-kreisverwaltung lehnt vikare ab	-1-
<u>freiburg</u>	streik für bessere ausbildung	-1-
<u>hannover</u>	konflikt wegen "dritter" personen an der evang. fhs	-1-
<u>straubing</u>	hungerstreik in der haftanstalt	-2-
<u>friedberg</u>	schon wieder aus "notwehr" flüchtendem in den rücken geschossen	-3-
<u>münchen</u>	tribunal: "auf wen schießt die polizei?"	-3-
<u>trier</u>	schwarzer freitag beim release	-4-
<u>bielefeld</u>	politische prozesse gegen das arbeiter-jz.	-4-
<u>giessen</u>	zweiter karma-prozess	-5-
<u>münchen</u>	vietnam-hilfe: eine frauenklinik für die befreiten gebiete	-6-
<u>frankfurt</u>	westdeutsche organisationen erklären solidarität mit irischen hungerstreikenden	-6-
<u>böblingen</u>	herr filbinger beim heimatschutz	-7-
<u>frankfurt</u>	politische überwachung frankfurter lehrer	-7-
<u>frankfurt</u>	demo gegen die bombenmorde von brescia	-7-

AUSLAND

<u>belfast</u>	bürgerkriegslehrgang für polizei aus nrw	-8-
<u>zürich</u>	druckerei muß entlassungen zurücknehmen	-8-
<u>bern</u>	40 studenten besetzten das soziologische institut	-8-
<u>solothurn</u>	sozialarbeiter wehren sich gegen "kursänderung"	-8-
<u>london</u>	sonderkommando forscht nach "namibia-brief"	-9-
<u>namur</u>	freier fleischverkauf	-9-

DOKUMENTATION

<u>dokument 1</u>	erklärung von roland otto zu der ermordung von günther jendrian	-10-
<u>dokument 2</u>	mieterinitiative eppendorf-gruppe haynstr./hegestr.	-11-
<u>dokument 3</u>	affaire suarez-spitzel im kommando	-13-

6 frankfurt 1
homburgerstr. 36
tel: 0611/77 46 96

postscheckknt. ffm
w.spruck, ffm. 60
nr. 52 52 28-602

bürozeiten:
mo, mi, fr, 11-15 uhr

redaktionsschluß:
freitag 20 uhr

verantwortlich:
martin lietsch
6204 taunusstein
lerchenweg 6

kontaktzentren:
2 hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel: 44 40 03

463 bochum-queren
ev. stud. gemeinde
lennershofstr. 66/V
tel: 70 14 65

5 köln
pol. buchladen
zülpicher str. 197
tel: 44 61 71

74 tübingen
aktion pol. buchl.
nauklerstr. 20

8 münchen
basis-buchhandlung
adalbertstr. 41 b
tel: 280 95 22

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelsstr. 62
tel: (01) 39 12 67

monatsabo 5.-

KIEL (ID)

ÖTV-KREISVERWALTUNG LEHNT VIKARE AB!

6. juni

in gleichlautenden schreiben hat die ötv-kreisverwaltung kiel am 8. bzw. 11. märz 8 vikare in der landeskirche schleswig-holstein mit berufung auf den extremistenbeschuß des dgb v. okt. 73 mitgeteilt, daß ihr aufnahmeantrag in die gewerkschaft abgelehnt sei. die kreisverwaltung behauptet, daß sie organisationen zuzurechnen seien, die unter den extremistenbeschuß des dgb fallen: "nach unseren informationen sind sie einer organisation zuzurechnen, die unter diesen beschluß fällt, wobei es nicht auf eine evtl. mitgliedschaft ankommt."

mehr wurde an begründung nicht gegeben. die vikare haben diese behauptung in schreiben an die ötv zurückgewiesen. die kreisverwaltung hat trotz mehrmaliger aufforderung durch die vikare auch keine belege für diese behauptungen angeführt, noch hat sie die informationen genannt, die zu dieser behauptung führten. mit diesen ablehnungen sollen kollegen getroffen werden, von denen zu erwarten war, daß sie sich innerhalb der gewerkschaft stark engagieren würden und ihre arbeit nicht allein auf den seelsorgerischen bereich abgestellt sahen.

die begründung der ablehnung, d.h. die bloße zurechnung zu einer organisation reicht der ötv aus, zeigt eine gefährliche tendenz, mit der in zukunft weitere mißliebige, der gewerkschaftsbürokratie kritisch gegenüberstehende kollegen ausgeschlossen werden können. forderungen an die ötv-kreisverwaltung, 23 kiel, legienstr. 22: - offenlegung aller informationen, die zur ablehnung führten - widerruf der beschuldigungen, mit denen die ablehnung begründet wird - sofortige aufnahme der 8 vikare in die ötv.

kontaktadresse: vikargruppe c/o esg, 23 kiel, studentenhaus am westring

FREIBURG (ID)

STREIK FÜR EINE BESSERE AUSBILDUNG

4. juni

an der fachhochschule für sozialwesen und religionspädagogik beim deutschen caritasverband in freiburg wurde in der letzten woche auf beschluß der vollversammlung, an der über 300 der 392 eingeschriebenen komilitonen teilnahmen, ein dreitägiger aktiver streik beschlossen und trotz der von rektor angedrohten strafanzeige gegenüber dem asta der fhs zu ende geführt.

der streik bezog sich konkret auf die schlechte ausbildungssituation an der fhs, die ihren derzeitigen höhepunkt (tiefpunkt) mit der ablehnung der lehraufträge von zwei dozenten mitten im semester und der auflösung des ausgelagerten fachbereichs in heidelberg, an dem bisher 160 studenten für den bereich der sozialpsychiatrie, der rehabilitation und resozialisierung psychisch geschädigter ausgebildet wurden, erreicht.

der streik führte zu einer vollständigen lähmung des vorlesungsbetriebes und rund 150 studenten nahmen an den acht angebotenen arbeitskreisen teil. den höhepunkt des streikverlaufes stellte die schlußveranstaltung dar, als sagi nach mehrmaliger aufforderung den saal zu verlassen die polizei zu hilfe rief.

den 100 anwesenden studenten hatte er zuvor mit dieser maßnahme gedroht, falls sie nicht freiwillig den raum verlassen würden. doch die anwesenden komilitonen beharrten auf dem demokratischen recht der meinungs- und versammlungsfreiheit und wichen erst dem druck der herbeigeholten staatsgewalt.

an den darauffolgenden tagen wurde durch stadtagitation und verteilung von flugblättern vor den kirchen die bevölkerung auf die situation an der fhs aufmerksam gemacht. es wurde ein reges interesse festgestellt. so setzten sich innerhalb von sieben stunden 900 personen mit ihrer unterschift für die wiedereinstellung der beiden lehrbeauftragten und die beibehaltung des fachbereichs heidelberg ein. die aktivitäten der studenten erschöpften sich jedoch nicht in diesen beiden forderungen. dies wurde aus den ergebnissen der arbeitskreise auch recht deutlich, wo erkannt wurde, daß unsere schule kein interesse hat, sozialarbeiter auszubilden, die nachher nicht die interessen der träger, sprich caritas und andere kirchliche institutionen vertreten.

HANNOVER (ID)

KONFLIKT WEGEN "DRITTER" PERSONEN AN DER EVANG. FHS

25. mai

schon seit langem möchte uns die schulleitung schwierigkeiten, wenn studenten mit sogenannten dritten oder in ihrer freizeit räume der evangelischen fachhochschule hannover fachbereich sozialwesen benutzen wollen. immer, wenn wir räume haben wollten, kam von der schulleitung die antwort: "diese frage ist noch nicht geklärt, wird aber demnächst in einem ausschuß behandelt." das heißt, daß die schulleitung nur dann räume zur verfügung stellte, wenn die veranstaltungen in ihrem sinne waren. aus dem von der schulleitung quasi verhängten verbot des aufenthalts von dritten personen ergibt sich für uns ein ganzer katalog von einschränkungen, der jetzt sogar auf die rein studentische freizeitgestaltung ausgedehnt ist.

studenten vom jetzigen 4. und 6. semester wollten silvester 73/74 gemeinsam mit jugendlichen aus kleefeld, mit denen sie im ehemaligen u/jz kleefeld zusammengearbeitet hatten, im keller eine fete feiern. ihnen wurde jedoch der kellerschlüssel verweigert, daraufhin fand die fete im wohnheim statt. im verlauf der fete gingen versehentlich drei kristallspiegel zu bruch. drei jugendliche übernachteten auf einem flur im wohnheim, weil sie nicht mehr nach hause kommen konnten.

am 11. 1. 74 flatterten plötzlich frieder und michael anklageschriften der schulleitung ins zimmer. in diesen anklageschriften wurden unter anderem schadenersatzforderungen von insgesamt 700,- dm erhoben und die kündigung zum 28. 2. ausgesprochen, mit der begründung, daß sogenannte 3. personen an der silvester-fete teilgenommen und im wohnheim übernachtet hätten, und sie die jugendlichen eingeladen hätten.

in unterschriftensammlungen erklärten sich ein großer teil der wohnheimbewohner und der anderen studenten mit michael und frieder solidarisch. rektor briesing und schmidt wurden zu einer stellungnahme aufgefordert. bei der darauf folgenden wohnheimversammlung gab rektor briesing zu verstehen, daß die schulleitung nicht unbedingt auf den schadenersatzforderungen bestehe, jedoch die kündigungen "in der form" aufrechterhalten werde. herr briesing ließ allerdings durchblicken, daß man bei "bittgesuchen" von frieder und michael "darüber reden" könne.

mitte februar wurde eine solidaritätsfete mit sogenannten dritten personen veranstaltet. als versuch, den konflikt in seiner bedeutung für alle studenten darzustellen, unterschrieben 20 studenten, die "dritte" mitgebracht hatten, eine selbstanklage, die dem rektor am folgenden tag mit der forderung, entsprechende maßnahmen zu ergreifen, übergeben wurde. interessant ist die begründung von rektor briesing, mit der er die selbstanklagen als nicht vergleichbar mit den kündigungsgründen von michael und frieder bezeichnete, wortwörtlich: "bei dieser veranstaltung ist keine sachbeschädigung entstanden."

obwohl die aktionen zur solidarität mit frieder und michael relativ mangelhaft durchgeführt wurden, zeichnete sich bald der erste erfolg ab: die schulleitung wich vor der wachsenden unruhe in der studentenschaft zurück, indem sie kurz vor den semesterferien michael und frieder das angebot machte, in ihren zimmern wohnen bleiben zu können, wenn sie die grundlagen der kündigung als "rechtlich richtig" anerkennen würden. die schadenersatzforderung wurde von ca. 700,- dm auf sage und schreibe 36,- dm reduziert. der einzig mögliche weg für rektor briesing, um seine position grundsätzlich zu wahren und eine größere auseinandersetzung zu vermeiden, war, den konflikt auf eine persönliche ebene zu bringen und auf dieser ebene "großherzige" angebote zu machen. frieder ging darauf ein, weil er befürchtete, im falle einer zwangsräumung in einen konflikt zu kommen, der eventuell ein strafrechtliches verfahren (widerstand gegen die staatsgewalt) zur konsequenz hätte haben können und dadurch seine aufenthaltsgenehmigung als ausländischer staatsbürger gefährdet worden wäre. michael ging nicht darauf ein.

ebenfalls als erfolg ist zu sehen, daß die schulleitung den kündigungstermin für michael um 4 wochen hinausschob. diese 4 wochen waren michael von herrn briesing als bedenken- und läuterungszeit zugeordnet, in der er sich überlegen sollte, ob er nicht doch den gang nach canossa antreten wolle. als michael sich jedoch reuelos zeigte, übergab die schulleitung die angelegenheit einem rechtsanwalt und reichte eine räumungsklage ein. michael erhielt eine vorladung zur gerichtsverhandlung, der termin ist inzwischen ohne benennung eines neuen aufgehoben worden.

der stand ist zur zeit folgender: am 15. 5. ist ein skattumier durchgeführt worden. die ganze aula war gefüllt von tischen, an denen gruppen saßen und allerlei mögliche gesellschaftsspiele machten. in einem anderen raum wurde das geplante skattumier durchgeführt, in einem anderen raum stand ein fernseher für die fußball-begeisterten, die sich dort kollektiv dem kucken hingeben konnten. als keine lust mehr zu spielen bestand, wurde in der aula allgemein getanzt. bier, brause und sauren gab's auch. der überschuß aus dem verkauf der getränke wird zur bestreitung der prozeßkosten bereitgestellt. anwesend waren durchgehend etwa 100 leute, zum höhepunkt ca. 150. gegen 20.00 uhr

davon waren 1/3 sogenannte "dritte personen". gegen 20.00 uhr (offizielle schließung der fhs-gebäude) tauchten der rektor, konrektor und ein dozent auf und erzählten was von "mißverständnissen", möglichkeiten, die wir angeblich in den mitbestimmungsgremien hätten - insgesamt eine gute selbstdarstellung und entlarvung. das hat wohl den letzten das wahre gesicht dieser leute gezeigt. danach sind sie abgezogen. nach dem fußballspiel ist ein raum für einen aufenthaltsraum genommen und eingerichtet worden. dabei fing einer der anfangsinitiatoren im alleingang an, den raum zu streichen. dazu muß noch gesagt werden, daß der konflikt von nicht parteipolitisch organisierten studenten aufgenommen und bearbeitet worden ist. ein großer teil der studentenschaft hat in einer aktion, die ihnen auch noch viel spaß gemacht hat (die stimmung war bombig) gelernt, daß man viel erreichen kann, wenn man gemeinsam kämpft. reaktionen von der schulleitung sind noch nicht erfolgt.

STRAUBING (ID)

HUNGERSTREIK IN DER HAFTANSTALT STRAUBING

27. mai

am montag den 27. mai morgens um sieben uhr sind ungefähr vierzig gefangene des gefängnisses in straubing in einen unbefristeten hungerstreik getreten. nach einem von

den gefangenen in der anstalt verbreiteten flugblatt protestieren sie mit ihrem hungerstreik "gegen den strafvollzugscharakter der untersuchungshaft, den ausschluß von untersuchungsgefangenen von den meisten gemeinschaftsveranstaltungen, gegen die menschenunwürdige unterbringung in arrest- und kopfzellen (eineinhalb mal viereinhalb meter und drei meter höhe), gegen jegliche zuchtmaßnahmen wie einzelhaft, isolierung, hausstrafen, arrest, psychiatrische behandlung; "außerdem gegen die mobilen einsatzkommandos (mek), die in münchen vor zwei wochen g. jendrian töteten.

diese forderungen sind die reaktion auf den seit anfang dieses jahres verschärften repressionskurs der anstaltsleitung im gefängnis straubing, die mit strikten besuchs- und postsperrern generell die solidarisation zwischen besuchern und gefangenen wie auch der gefangenen untereinander unterbinden will.

nachdem bereits vor wochen gefangene und besucher sich weigerten, im sogenannten "eichmannkasten" (glastrennwand) zu sitzen, hatte die anstaltsleitung einige besucher vorübergehend vom besuch ausgeschlossen und ihnen auch die korrespondenz untersagt. außerdem bedrohte man besucher, die auf eine rücksprache mit der anstaltsleitung bestanden, mit einer anzeige wegen hausfriedensbruch. als daraufhin einige gefangene die anderen gefangenen in einem flugblatt über diese schikanen informieren wollten, folgten zellendurchsuchungen in der ganzen anstalt.

andere gefangene, die auf den dächern auf die mißstände in der anstalt aufmerksam machen wollten, wurden in arrest gebracht. außerdem wurden besucher "auf lebenszeit" vom besuch ausgeschlossen. gleichzeitig mit diesen besucherschikanen wurden in der anstalt unterschritten für einen straferlass zum verfassungstag gesammelt, was den unwillen der anstaltsleitung erregte, da sich über 500 gefangene mit dieser aktion solidarisierten.

da die anstaltsleitung alle forderungen der gefangenen mit verschärften repressionen beantwortete, beschlossen die gefangenen, am verfassungstag in den hungerstreik zu treten.

nun schlug die anstaltsleitung in kooperation mit dem justizministerium und dem landeskriminalamt zu. völlig überraschend wurden drei gefangene von der arbeit weg in polizeitransportern in andere gefängnisse verschleppt. sie durften nicht einmal ihre sachen von den zellen holen. das genaue fahrtziel wurde den polizeifahrern erst während des transports durchgegeben. andere gefangene wurden in der anstalt total isoliert.

trotzdem begann am montag der hungerstreik. um die forderungen der gefangenen zu unterstützen und öffentlichkeit herzustellen, trafen sich am samstag, den 1. juni, etwa dreißig genossen aus mehreren bayerischen städten in straubing zu einer gemeinsamen aktion der solidarität. in einem flugblatt informierten sie die straubinger bevölkerung über die in der jva straubing herrschende unterdrückung. an einem bus wurden plakate befestigt, auf denen die forderungen der gefangenen standen. bei einer agitation der bevölkerung unterstützten 81 bürger mit ihrer unterschift die forderungen der gefangenen. in dieser niederbayerischen hochburg der csu ein respektables ergebnis.

in kurzer zeit erschienen, während die flugblätter verteilt wurden, die anstaltsleiter mit einem einsatzkommando und marschierten mit sprechfunkgeräten aufgeregt herum. währenddessen verhörten die bullen passanten, die sich in die liste eingetragen und mit den flugblattverteilern gesprochen hatten über die geführten gespräche. die einfahrtswege zur jva straubing waren am nachmittag bereits von polizeiautos abgeriegelt, als die genossen in einem autokorso mit hupkonzert um die anstalt herumfuhren.

FRIEDBERG (ID)

SCHON WIEDER AUS "NOTWEHR" FLÜCHTENDEM IN DEN RÜCKEN GESCHOSSEN

5. juni

in friedberg wurde vor kurzem ein gefangener, roland walz, eingeliefert. er wurde bei einem einbruch, eine ziemlich geringfügige sache, von der polizei festgehalten, und, als er weglaufen wollte, aus kürzester entfernung in den rücken geschossen, wobei leber und niere getroffen wurden. schwerverwundet haben die bullen ihn eine stunde lang liegen gelassen und noch geäußert "ach lassen wir ihn doch verrecken, dann haben wir unsere ruhe." seit einigen wochen sitzt er nun in friedberg, er hat schwere leber- und nierenschäden davongetragen. seine versuche diese schweincreien einem anwalt zu melden und damit strafanzeige zu stellen, sowie die benachrichtigung an verschiedene zeitungen, wurden von der gefängnisleitung verhindert; alle briefe wurden abgefangen. staatsanwaltschaft und polizei versuchen die sache außerdem noch zu vertuschen, indem sie das vorgehen der polizei zur notwehr erklären. inzwischen ist kontakt zu einem frankfurter anwalt hergestellt. rh giessen

MÜNCHEN (ID)

TRIBUNAL: "AUF WEN SCHIEßT DIE POLIZEI?"

7. juni

am dienstag, dem 11. juni 19 uhr, findet im schwabinger bräu ein tribunal zu den jüngsten terroraktionen der polizei: erschießung g. jendrians (id nr. 36/37) und der entwicklung des polizeiapparates statt. themen sind: die schwabinger krawalle; die springer kampagne; die erschießung der bankräuber rammelmeyr und kalchew; die letzten aktionen in münchen.

zum tribunal kommen u.a. gerhard zwerenz, heinz brand, ein genosse vom frankfurter häuserrat, volker schlöndorf, alexander kluge und die rechtsanwälte arnold und langmann.

TRIER (ID)

SCHWARZER FREITAG BEIM RELEASE TRIER

5. juni wir unterhalten einen bauernhof in der nähe der stadt. dort läuft unser projekt knasthilfe, von wo alle genossen und die noch unbewußt um sich schlagenden im knast und auch später draußen, moralisch und materiell unterstützt werden. ein therapie- und kommunikationszentrum in einer alten schule im hochwald, in der nähe des geburtshauses vom schinderhannes, wo von uns fixer betreut werden, wie bei jedem anderen release.

nach dem motto, zitat der trierer landeszeitung: "einen ertrinkenden hund sollte man vielleicht doch retten, es könnte ja mal ein bernhardiner werden", liebäugelte die stadt und ihr cdu-stadtvater kreuzer zuerst mit unserem projekt, sprachen von unterstützung, und der bürgermeister schenkte uns großzügig bei einer schnüfelvisite einen alten anzug. man weckte hoffnungen in uns, zog alles in die länge, wollte uns stückeln und sabotieren.

wir fingen auf wer hilfe brauchte, unsere häuser füllten sich auf über 30 leute.

eine spendenaktion bei trierer geschäftsleuten, eine direkte konfrontation mit dem kapital, sollte jeden von uns agitieren, und die letzten träume von einer heilen welt zerschlagen. 15 mann sammelten in 2 wochen 200 mark, sonst nur sprüche, mehr hatte man für unser soziales projekt nicht übrig.

stattdessen finanzierte die stadt eine selbstgegründete scheindrogenberatung mit jährlicher unterstützung von 90.000 dm, die nie eine praktische arbeit mit drogenabhängigen leistete, sie vorgab, um damit die speichellecker der stadtväter zu finanzieren.

"glück erlangt man nicht durch bitten, nur die tat uns glücklich macht." so wurden dann am freitag, den 25. jan., drei mitglieder des vereins in verschiedenen gebieten von hundsrukeifel auf der straße mit maschinenpistolen von der polizei verhaftet, mit dem tip über funk, täter machen rücksichtslos von der schußwaffe gebrauch.

keiner von uns hatte eine waffe. es waren der schriftführer des vereins, dieter merges, der leiter der abt. knasthilfe, manfred spaniol, und der freie mitarbeiter kurt markus. gegen ein weiteres mitglied wurde haftbefehl erlassen, jedoch bis heute nicht aufgefunden.

die anklage lautet: 15malige urkundenfälschung und betrug zu ungunsten der deutschen bundespost. es sollen postsparbücher und ausweise gefälscht und bei der post schon über 12.000,-dm abgehoben worden sein. merges, der ein gebrochenes bein hat und auf krücken laufen muß, versuchte man in u-haft dadurch zu einer aussage zu zwingen, indem die bullen verhinderten ihn in ein krankenhause zu bringen, wo sein bein hätte operiert werden müssen, da er vor schmerz nachts nicht schlafen konnte, zitat eines bullen: bevor wir dich hier raus lassen, mußt du erst drei takte singen". von der stunde der verhaftung an bekamen markus und spaniol über 24 std. nichts zu essen. als spaniol auf der wache in zell, mosel um ein glas wasser bat, spottete ein bulle höhnisch: wills de en schnitzel oder gleich ein in de freß. und: ich stecke meinen heute abend in 'ne fotze, ihr müßt in zukunft mit der hand arbeiten.

nach über 3 monaten wurden spaniol und merges entlassen, markus sitzt noch heute in wittlich, bis vor kurzem in strenger isolierhaft.

nur wer die probleme der drogenabhängigen kennt, mit ihnen zusammen lebt, sieht, wie sie tag täglich ein stückchen mehr krepieren, nur der versteht, warum uns der vorwurf der urkundenfälschung und des betruges nicht weiter schert. weshalb wir nicht abwarten können, bis andere etwas tun. und jeder der die geschichte unseres landes kennt, weiß, wir haben alle schon viel zu lange gewartet.

der 25. jan., ein freitag, wurde ein schwarzer freitag für uns, doch wir wissen, jede woche hat ein freitag, und der nächste wird ein schwarzer für die sein, für die er von uns gedacht ist.

prozeßtermin steht noch aus, schreibt dem genossen markus in den knast. kurt markus, wittlich, knast. kontaktadresse: release e.v. trier, knasthilfe, 55 trier, oberkleeburg 2

BIELEFELD (ID)

POLITISCHE PROZESSE GEGEN DAS ARBEITERJUGENDZENTRUM

5. juni ostern 1973 war das städtische haus der offenen tür brackwede von ca. 200 - 250 jugendlichen besetzt und nach 6 tagen von starken polizeikräften auf antrag des oberstadtdirektors der stadt bielefeld geräumt worden. das ajz sollte zerschlagen werden. allein es klappte nicht - das ajz (in anderen räumen) und als bewegung gibt es bis heute.

am 27. 5. 74 fand nun nach zweimaliger verschiebung unter massivem polizeieinsatz und den "üblichen" durchsuchungen der prozeß-zuschauer der erste sog. "hausbesetzerprozeß" im bielefelder amtsgericht statt. angeklagt waren die ersten 9 (4 studenten, 3 arbeiter, 2 sozialarbeiter) von ca. 100 wegen "gemeinschaftlichem hausfriedensbruch" und in 5 fällen wegen "versuchter nötigung"; bei ihnen sollte die rädelsführertheorie praktiziert werden.

in dem 11 stunden dauernden verfahren ging es um die frage (und darum war die verurteilung auch abzusehen), ob die jugendlichen in den städtischen "häusern der jugend" selbst bestimmen können, was sie machen wollen oder ob städtische angestellte bestimmen können, was jugendliche

machen sollen. es ging um die frage, ob "selbstorganisation" rechtens und vereinbar ist mit diesem staat.

die genossen, die auf der anklagebank saßen, schilderten die lage der arbeiterjugendlichen und die situation der jugendarbeit in bielefeld. sie begründeten die notwendigkeit eines arbeiterjugendzentrums und die notwendigkeit der hausbesetzung aufgrund der sich hinziehenden verhandlungen mit den städtischen gremien und nachdem die verwaltung keine bereitschaft zeigte, den berechtigten forderungen der jugendlichen nach einem selbstverwalteten jugendzentrum, nachzukommen. sie griffen stadtverwaltung, polizei und justiz als "wahre hausfriedensbrecher" an, da "sie uns aus unserem haus getrieben haben".

der darstellung der genossen hatten anklagebehörde und staat nichts entgegenzusetzen; die zeugen der anklage konnten ihre darstellung nicht widerlegen, die vertreter der stadtverwaltung (des rates und des jugendamts) mußten eingestehen, daß sie überhaupt keine vorstellungen hatten, wie jugendarbeit aussehen sollte.

konkret bewiesen wurde - was alle wußten und niemand bestreitet - daß es im städtischen haus der offenen tür brackwede 5 tage lang ein selbstverwaltetes ajz gegeben hatte, daß jugendliche in einem städtischen haus, das sie geöffnet hatten, solange selbstverwaltung praktizierten, bis sie unter brutalem polizeieinsatz rausgeschmissen wurden. daß die jugendlichen mit unterstützung u.a. von fortschrittlichen sozialarbeitern während der besetzung noch mit der stadt verhandelten, bezeichneten staatsanwaltschaft und richter als nötigung!

wie zu erwarten - prozeßergebnis: verurteilung aller angeklagten zu dm2.700 geldstrafe (4x 500, 2x 200, 3x 100 dm) plus gerichtskosten.

wenn auch die polizei, die dem prozeß nachfolgende spontane demonstration zum anlaß nahm, eine auseinandersetzung zu provozieren (ein demonstrant wurde von einem polizeimotorrad angefahren) und ihre stärke vor dem neuen ajz demonstrierte, und versuchte die bevölkerung einzuschüchtern und gegen das ajz einzunehmen, so wird es für die stadt, polizei und justiz immer schwieriger ihre position gegenüber dem recht der jugendlichen auf selbstverwaltete jugendzentren zu behaupten. neben nachbarn des ajz haben nun als erste 60 wissenschaftler der hochschulen öffentlich gegen die urteile protestiert und die volle unterstützung des ajz durch die stadt gefordert; ein bekannter jurist hat öffentlich zweifel über die praxis des urteilsspruchs und der kriminalisierung geäußert.

genossinnen und genossen, kollegen die prozesse werden teuer, wenn alle weiteren 90 prozesse so durchgeführt werden, ist einschließlich gerichtskosten und anwaltskosten mit einer summe von über 20.000 dm zu rechnen. da wir auch das ajz bisher alleine finanzieren müssen, sind wir auf euere unterstützung angewiesen.

an den strafen zeigt sich, was das ziel der prozesse ist: die zerschlagung des ajz. wir wehren uns dagegen. spendet auf das konto des ajz-vereins kto. nr. 80 81 2 sparkasse bielefeld, stichwort: prozeßhilfe - solidarität ist eine waffe -

GIESSEN (ID)

ZWEITER KARMA-PROZESS

1. juni

es ist nun schon lange kein geheimnis mehr, daß die freizeitsituation der jugendlichen überall in stadt und land mehr als nur fatal ist. jugendliche, die ihre situation erkannt haben und versuchen, etwas dagegen zu unternehmen, werden teilweise brutal durch polizeigewalt daran gehindert, ihre lage zu verbessern und schließlich noch von der bürgerlichen klassenjustiz verurteilt.

ein typisches beispiel für diese zustände wurde dieser tage wieder bei einem prozess gegen zwölf jugendliche in giessen geliefert. der hintergrund war folgender:

die ständige auseinandersetzung zwischen jugendlichen und den nur auf profit orientierten discothekenbesitzern hatte ihren höhepunkt im "kampf ums karma" - eine giessener discothek. jugendliche hatten versucht nach 23 uhr ohne eintritt ins karma zu kommen. daraufhin erstattete der besitzer anzeige wegen hausfriedensbruch und holte die polizei. durch spontane solidarität konnte der polizeieinsatz jedoch abgewehrt werden. am nächsten abend wurden die jugendlichen plötzlich von hereinstürzenden polizeibeamten überrumpelt, als sie gerade versuchten, mit dem besitzer der discothek eine diskussion zu führen. das licht ging aus und die bullen knüppelten sofort alles zusammen, was sich bewegte. einige jugendliche wurden erheblich verletzt, und einige wurden wegen hausfriedensbruch, landfriedensbruch und widerstand gegen die staatsgewalt usw. angeklagt und vor gericht gestellt.

der erste karma-prozess fand im mai 72 statt. die angeklagten wurden zu 40 bzw. 50 stunden sozialarbeit als "zuchtmittel" verurteilt. der terror der bullen wurde durch die justiz gerechtfertigt.

am 28. mai 74 fand nun der zweite karma-prozess statt. es wurden 30 platzkarten ausgegeben, mindestens 50 weiteren jugendlichen wurde der zugang zu dem richtssaal verweigert, mit der begründung, daß der saal überfüllt sei. nach intensiver taschenkontrolle wurden die türen am haupteingang sogar verbarrikadiert. die sitzung dauerte nur insgesamt drei stunden, in deren verlauf der richter nur dazu in der lage war, festzustellen, daß zwölf angeklagte erschienen waren.

keiner der jugendlichen, ob sie nun selbst angeklagt waren oder nur publikum waren, hatte die illusion, daß dieser prozess einmal ihre interessen vertreten würde. vielmehr war man sich schon vorher darüber im klaren, daß ein urteil schon vor prozeßbeginn gefällt worden war. analog zum ersten prozeß sollten auch hier wieder nicht die planer und durchführer staatlicher brutalität,

sondern die Opfer dieser Brutalität angeklagt und verurteilt werden. der Hintergrund, die ganze Freizeitproblematik, sollte wieder verschleiert werden. auch in diesem zweiten prozeß wurden die negativen erwartungen der Jugendlichen wieder bestätigt.

nach Eröffnung der Sitzung wurde bekannt, daß Rechtsanwalt Golzem aus Frankfurt wegen eines Kreislaufkollaps nicht erscheinen konnte. trotzdem war der Richter nicht bereit, den Forderungen der Angeklagten, die Sitzung zu vertagen, nachzukommen. allerdings nahm der prozeß dennoch keinen "normalen" Verlauf, weil die Angeklagten mit Unterstützung des Publikums durch gezielte Störaktionen versuchten, die Sitzung aufzuhalten. (Angeklagter setzt sich auf den Verteidigerstuhl u.a.m.) die Folgen davon waren mehrere Ordnungsstrafen für die Angeklagten in Höhe von 100 Mark und schließlich die Anordnung des Richters, das Publikum entfernen zu lassen. als die Jugendlichen sich weigerten, waren binnen sieben Minuten etwa 15 bis 20 Bullen mit Gummiknüppeln in der Hand zur Stelle, die ohne langes Hin und Her die Leute brutal aus dem Gerichtsgebäude prügelten. der Polizeieinsatz war zwar angekündigt, aber die Stärke und die Härte des Einsatzes hatten die Jugendlichen nicht erwartet. jeder Widerstand wäre zwecklos gewesen. der prozeß wurde nun ohne Öffentlichkeit weitergeführt, nach einiger Zeit dann aber ohne weitere Erklärung des Richters bis auf weiteres vertagt.

rote Hilfe giessen

MÜNCHEN (ID)

VIETNAMHILFE: EINE FRAUENKLINIK FÜR DIE BEFREITEN GEBIETE

5. Juni

des vietnamesischen Volkes.

das Ziel der Vietnam-Hilfe (VH) ist die materielle und politische Unterstützung

darum ist die Unterstützung im Gegensatz zu der Caritas parteilich, die Hilfe geht ausschließlich an die Bevölkerung der demokratischen Republik Vietnam und der Befreiten Gebiete Südvietnams, damit sie nicht zur Stabilisierung der Herrschaft Thieu's beiträgt. in Absprache mit den Vertretern der provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams in Paris hat sich die VH die Aufgabe gesetzt, die Planung und Ausrüstung einer Frauenklinik in den Befreiten Gebieten zu übernehmen. Kernstück der Klinik ist die Ambulanz, die Geburtshilfestation und der OP-Trakt. sie werden in einzelnen Etappen verwirklicht. erstes Ziel: die Ambulanz. sie ist besonders umfangreich, da sich die meisten Behandlungen ambulant durchführen lassen. die VH arbeitet eng zusammen mit der "Gesellschaft Wissenschaft im Dienst der Kämpfenden Völker Indochinas", die die genaue Aufstellung der Geräte und Instrumentenlisten unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Vietnam durchführt. in dieser Gesellschaft arbeiten in München Ärzte, Krankenschwestern und Physiker, die sich die weitere Aufgabe gestellt haben, auch selbst für diese Projekt Geräte zu bauen. bei Beschränkung auf die notwendigsten Geräte wird die Ambulanz etwa 50.000 DM kosten. um dieses Ziel möglichst schnell zu erreichen wird die VH in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen in mehreren Städten der BRD Aktivitäten entfalten, wie Blutspendeaktionen, Straßensammlungen, Veranstaltungen etc. im Münchner Norden wird am 8.6. eine Flaschensammlung durchgeführt, die gleichzeitig dazu dient, die Bevölkerung über das Projekt der Frauenklinik und die gegenwärtige Lage in Vietnam zu informieren.

Spendenkonto: Otto Brunken, Deutsche Bank Dortmund 126/1783. Kontaktadresse: jeweils Donnerstag, 20.00 Uhr Gaststätte "Harmonie", Maria-Hilf-Platz, München
Vietnam Hilfe München

FRANKFURT (ID)

WESTDEUTSCHE ORGANISATIONEN ERKLÄREN SOLIDARITÄT MIT IRISCHEN HUNGERSTREIKERN

6. Juni

aufgrund einer Initiative des Westdeutschen Irlandsolidaritätskomitees erklärten 31 westdeutsche Organisationen am Wochenende in Protesttelegrammen ihre Solidarität mit den 7 irischen Hungerstreikern in englischen Gefängnissen.

Inzwischen ist der erste der Hungerstreiker, Michael Gaughan, in seiner Zelle auf der Isle of Wight als Opfer des britischen Imperialismus gestorben: nach 200 Tagen Hungerstreik im Widerstand gegen die Zwangsernährung.

Mitglieder der Internees Association, Frankfurt, die Überpfingsten an großen Solidaritätsdemonstrationen in London teilnahmen, berichten darüber, daß unmittelbar auch mit dem Tod von Dolours Price gerechnet werden muß. (siehe ID Nr. 37) kurz vor Pfingsten hatte der britische Innenminister Jenkins die Überführung der nordirischen Hungerstreiker in Heimatgefängnisse verweigert, obwohl die Überführungspraxis seit Jahren eine übliche Gepflogenheit ist, die nachweisbar verschiedenen protestantischen Häftlingen in England geschah und die sich auch am Beispiel von in Nordirland verurteilten britischen Soldaten umgekehrt ereignet. der Kampf der irischen Hungerstreiker für die Überführung (repatriation) hat zum Inhalt den Widerstand gegen die totale Isolierung und Absperrung von Verwandtenbesuchen in britischen Zuchthäusern.

das Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee fordert nachdrücklich alle demokratischen Organisationen und Einzelpersonen dazu auf, sofort Protesttelegramme an Premier Harold Wilson, 10 Downing Street, London, zu organisieren, in denen Freiheit für alle politischen Gefangenen und die Überführung der Hungerstreiker (insgesamt 7) nach Irland zu fordern.

Material zur Situation der irischen politischen Gefangenen können bestellt werden: Internees Release Association - 637 Oberursel 5 - Postfach 35

BÖBLINGEN (ID)

HERR FILBINGER BEIM HEIMATSCHUTZ

29. mai

am mittwoch, 29. 5. 74, machte der ministerpräsident von baden-württemberg, hans filbinger, eine kreisrundreise durch den landkreis böblingen. dabei besuchte er unter anderem das heimatschutzkommando 17 in böblingen.

das heimatschutzkommando 17 in böblingen ist eine einheit, die auch im ernstfall nicht direktem nato-kommando untersteht, da sie auch offiziell nicht für den einsatz an der front vorgesehen ist, sondern zum "objektschutz". konkret heißt dies, daß das heimatschutzkommando vorgesehen ist für den einsatz bei den nahegelegenen daimler-benz-werken (einer der größten fahrzeuglieferanten der bundeswehr), den ibm-werken, bei unruhen in stuttgart und umgebung usw. usw. als zweites hat das heimatschutzkommando die verkürzte grundausbildung für rekruten durchzuführen, die zum größten teil später in andere einheiten überführt werden.

der besuch des ministerpräsidenten kündigte sich frühzeitig an. schon tage vorher wurde formalausbildung täglich mehrmals auf den dienstplan gesetzt, um insbesondere den ca. 150 rekruten, die erst zum 16. 5. 1974 einberufen worden waren, die vollkommen unmenschlichen und idiotischen haltungen in den kopf zu hämmern, die für einen solchen staatsakt notwendig sind. der besuch sah dann so aus: antreten aller kompanien auf dem großen rasenplatz in der mitte der kaserne, einzug der truppenfahne (präsentiert-stellung), ankunft der ehren Gäste (landtagsabgeordnete, offiziere, bürgermeister, polizei etc), ankunft und begrüßung des ministerpräsidenten (präsentiert-stellung), nationalhymne (präsentiert), abschreiten (präsentiert), ansprache vom kommandanten des heimatschutzkommandos (wir sind stolz auf den besuch des ministerpräsidenten, blah, blah...) ansprache des ministerpräsidenten (die landesregierung und die bevölkerung steht hinter ihnen, blah, blah...), verabschiedung (präsentiert).

während der gesamten zwischen 1 und 1 1/2 stunden dauernden aktion durften die soldaten nur solche bewegungen ausführen, die ihnen befohlen waren, eine nicht leicht zu vollbringende leistung. die übereinstimmende ansicht war, daß der ministerpräsident sich sein gewächs hätte sparen können - niemand war stolz darauf, ihn zu sehen.

FRANKFURT (ID)

POLITISCHE ÜBERWACHUNG FRANKFURTER LEHRER

5. juni

die hessische cdu hat nach den demonstrationen gegen die erhöhung der fahrpreise des frankfurter verkehrs verbundes(fvv) die spd der stadt dazu bringen können durch eine fragebogenaktion und andere methoden den nachweis zu bringen, daß lehrer an städtischen schulen nicht direkt oder indirekt dazu beigetragen haben, daß schüler geschlossen auf die zeil gingen und mitdemonstrierten. die lehrer der gesamtschule bockenheim protestierten in einem flugblatt gegen diese pol.überwachung durch die schulbürokratie.

"was geschieht an unserer schule?

1. am donnerstag, den 30. 5. wurden wir gezwungen, über die angeblich leichte verletzung des schülers thomas hytrik eine falschmeldung zu verbreiten, (er ist immer noch ohne bewußtsein-bem. ID)
2. am mittwoch den 5. 6. wurden wir durch eine fragebogenblitzaktion von der schulbürokratie gezwungen

unseren politischen standpunkt aktenkundig zu machen.

3. am selben tag wurde der kollege hartmann aufgrund ungeprüfter anonymer anschuldigungen zur abgabe einer schriftlichen dienstlichen erklärung veranlaßt.

gegen diese maßnahmen erheben wir scharfen protest. wir sehen in ihnen eine gefährliche tendenz zur politischen bevormundung der lehrer. einerseits verpflichtet uns der "rundspruch" dienstlich, die offizielle stellungnahme des magistrats zu verkünden, andererseits wird die politische diskussion mit den schülern über aktuelle tagesfragen kontrolliert. jeder lehrer, der sich in eine solche diskussion mit den schülern einläßt, läuft gefahr, bei der vorgesetzten behörde schriftlich darüber rechenschaft abgeben zu müssen. das beispiel des kollagen hartmann zeigt, das kein kollege vor dieser art diffamierender befragung geschützt ist.

es ist im übrigen befremdlich, das der widerruf des "rundspruchs" die schulen nicht genau so schnell erreicht hat wie der "rundspruch" selber.

- verhält sich die schulleitung kollegial, wenn sie uns ohne ankündigung(z. b. pausenkonferenz) einzeln mit fragebogen überrumpelt, deren herkunft und verwendungszweck uns nicht bekannt gemacht wird?
- warum hat die schulleitung angesichts solch brisanter fragen keine rechtsmittelbelehrung beigefügt?
- weshalb gibt die schulleitung den zeitdruck des rp an die kollegen umstandslos weiter?
- wie sollen wir uns zukünftig in der lage sehen, "rundsprüche" des schuldezernats guten gewissens verbreiten zu können, ohne zeit zu haben, die richtigkeit der meldungen überprüfen zu können?
- haben wir nicht das recht, bezüglich namentlich zu unterzeichnender erklärungen, die rechtswirksame konsequenzen haben können, zumindest mit interessenverbänden in verbindung zu treten?

FRANKFURT (ID)

DEMO GEGEN DIE BOMBENMORDE VON BRESCIA

8. juni

um 10 uhr heute morgen wollten sich alle antifaschistischen italienischen genossen samt deutschen sympathisanten am merianplatz zur verbotenen demo treffen. doch nur 300 kamen. die polizei spielte das fangenspiel und trieb alles auseinander.

an die 500 leute versammelten sich darauf wieder eine stunde später vor dem italienischen konsulat in der feldbergstr. wir sangen kämpferische lieder und besetzten das konsulat. die bullen kamen auch wieder; verteilten flugblätter an die passanten mit dem ergreifenden inhalt, daß jeder, der dieser verbotenen demo beiwohnt, festgenommen werden kann, doch sie griffen nicht ein.

um kurz vor 12 uhr wurden aufrufe zum kampf gegen den faschismus in deutsch u. italienisch verlesen; dann löste sich die demo auf um sich neu auf der zeil zur kundgebung gegen die fahrpreise wieder zu bilden.

AUSLAND**BELFAST (ID)****BÜRGERKRIEGSLEHRGANG FÜR POLIZEI AUS NRW**

1. juni

in der letzten mai-woche war eine delegation höherer polizeioffiziere

aus nrw(landespolizeischule hilstrup) nach belfast eingeladen.

sie sollte dort an ort und stelle die methoden der belfaster polizei zur bekämpfung der politischen gewalt-kriminalität - insbesondere das vorgehen gegen die guerilla-ähnlichen ira und protestantengruppen-studieren. ein tag vor besuchsantritt mußte der besuch von belfast aus abgesagt werden, da die dort verantwortliche polizeidienststelle inzwischen ausgebombt worden war.

ZÜRICH (ID-CH)**DRUCKEREI MUSS ENTLASSUNG ZURÜCKNEHMEN**

31. mai

der zunehmende druck der basis lohnt sich: die züricher sektion der "typografia" (siehe id nr. 35) hat erneut unter beweis gestellt, daß sie für die interessen der druckerei arbeiter kämpfen kann, daß sie auf dem weg dazu ist, eine wirkliche kampfgewerkschaft zu werden. - in der druckerei der reaktionären züricher tageszeitung "die tat" fand vergangenen freitag eine betriebsversammlung statt, an der auch ein vertreter der "typografia" teilnahm; darauf verzog sich die betriebsleitung wieder, denn die arbeiter waren nicht bereit, diesen "fremdkörper" auszuschließen. am tag danach organisierte die "typografia" eine autonome betriebsversammlung und bekräftigte ihre forderung nach loohnerhöhung und nach der bestellung einer personalkommission im interesse der arbeiter.

während dieser ganzen auseinandersetzung war der geschäftsleitung ein besonders aktiver typograf - mitglied der gewerkschaft - allzu unbequem: er wurde entlassen mit der begründung, "unruhe unter den arbeitsern gestiftet" zu haben. die belegschaft der druckerei solidarisierte sich mit dem entlassenen und erwartete von der "typografia" eine klare reaktion. das geschah dann auch: die "typografia" verlangte den rückzug der kündigung und drohte mit streik, worauf die geschäftsleitung den entlassenen wieder einstellte.

BERN (ID-CH)**40 STUDENTEN BESETZEN DAS SOZIOLOGISCHE INSTITUT**

29. mai

vierzig berner soziologiestudenten besetzten das soziologische institut, um den rücktritt des derzeitigen institutsleiters walter rüegg und seiner engen mitarbeiter zu fordern. am frühen nachmittag kam die polizei und die besetzung wurde abgebrochen; außerdem mußte jeder student seine personalien angeben.

professor rüegg hatte früher einen hohen posten in der schweizer aluminium-industrie und war danach rektor der frankfurter uni. mit cdu-politikern und leuten aus wirtschaftskreisen gründete er den "bund freiheit der wissenschaft", der sich in der brd bekanntlich als reaktionärer stoß-trupp gegen alles linke und linksangehauchte an den hochschulen betätigt. außerdem amtierte rüegg früher als vizepräsident der zürcher "freisinnigen partei", der partei des großkapitals in der schweiz.

als er nach bern kam, verbreitete er unter dozenten eine schrift: darin warnte er vor "frankfurter zuständen" und forderte seine kollegen aus, ihm bei der bekämpfung der "links-radikalen schwärmer" von anfang an zu helfen. und dann handelte er: er stellte einen fachlich inkompetenten, aber eben anti-kommunistischen assistenten am institut ein, benützte sein sekretariat für seine arbeit als mitglied des "bundes freiheit der wissenschaft", versuchte zwei bei den studenten beliebte dozenten kaltzustellen - und berief schließlich viggo graf blücher zum extraordinarius. dieser typ liegt ganz auf der linie des rechtsextremen professors: blücher war im krieg hoher wehrmachtsoffizier und arbeitete bis zu seiner anstellung in bern als meinungsforscher am emnid-institut in bielefeld (!). fachlich ist er genauso inkompetent wie rüegg selbst, dafür wird er seinem professor aktiv beistehen, wenn es gilt, linke strömungen an der berner uni zu liquidieren. bereits wurde die kandidatur des marxistischen publizisten hans-heinz holz abgelehnt - mit der begründung, er sei "marxist-leninist und wissenschaftlich nicht qualifiziert" - und ebenso wurde auch der linksliberale theologe kurt marti nicht eingestellt. dieser tendenz an der uni bern gilt es entschlossen entgegenzutreten; die hausbesetzung war nur ein auftakt für weitere aktionen.

SOLOTHURN (ID-CH)**SOZIALARBEITER WEHREN SICH GEGEN "KURSÄNDERUNG"**

30. mai

die solothurner schule für sozialarbeit wird von einer katholischen "wohl-tätigkeitsorganisation" getragen, die es natürlich nicht tolerieren kann, wenn an der schule ein "linker wind" weht. einem dozenten wurde deshalb gekündigt (begründung: "emotionale differenzen"), seine kollegen wurden aufgefordert, "ihre weltanschauliche position schriftlich" niederzulegen. darauf setzten sich die 44 angehenden sozialarbeiter und mehrere lehrer zur wehr, organisierten vollversammlungen und lehnten mit großer mehrheit die wahl eines neuen rektors ab. der neue rektor war bisher generalsekretär einer christlich-konservativen partei und ist außerdem verheiratet mit der nichte des präsidenten vom katholischen wohltätigkeitsverein; als sich lehrer der schule für eine liegenschaft des vereins in bern interessierten, um dort eine drogenberatungsstelle einzurichten, wurde ihnen erklärt, das haus sei schon vergeben - nämlich an den neuen rektor...

die sozialarbeiter geben nicht auf: obwohl der verein ein totales informationsverbot verfügte, wurde eine pressekonferenz organisiert. natürlich erschien weder der neue rektor noch ein vertreter des trägervereins; hingegen erhielten alle zeitungsredaktionen eine mitteilung, wonach die pressekonferenz gar nicht stattfindet...

LONDON (PNS/ID)

SONDERKOMMANDO FORSCHT NACH "NAMIBIA-BRIEF"

1. juni
das sonderkommando begann eine verspätete aber um so gründlichere suche nach den verfassern des briefs der "freunde der uno-exekutive" (s. id nr. 28), der im märz veröffentlicht wurde. der brief, der an die geschäftsführer von ca. 30 großunternehmen in europa geschickt worden war, die für illegale investitionen in namibia bekannt sind, macht ihnen klar, daß sie mit volksgefängnis zu rechnen haben, das den arbeitsbedingungen der von ihnen ausgebeuteten arbeiter in namibia vergleichbar sein wird, wenn sie nicht bis zum 1. august nachweisen, daß sie ihre investitionen gestoppt haben. das soko forschet hauptsächlich in manchester und liverpool, den zwei städten in denen die briefe aufgegeben wurden. eine der verhafteten personen beschrieb die soko-leute als "außerordentlich einsichtig und sehr sehr professionell." aus dem satz, daß "das mindestmaß an gewalt angewendet" wird um sie zu verhaften, ließ sie darauf schließen, daß der brief von leuten mit "streng pazifistischer linie" verfasst wurde. marxistische gruppen wurden ausgenommen, weil marxistische rethorik fehlte. eine stilanalyse ließ sie zu der schlußfolgerung kommen, daß der brief von mehr als einer person geschrieben wurde, wovon mindestens einer kein engländer sein dürfte.

niemand weiß bisher warum erst jetzt zwei monate nach erscheinen des briefes die soko leute mit der suche nach dem brief anfangen, aber der cia scheint die drohungen ernster zu nehmen und, forderte deshalb von den soko leuten einen bericht an.

NAMUR (LIB./ID)

FREIER FLEISCHVERKAUF IN NAMUR

20. mai
am samstag, 18. 5. haben auf dem gemüsemarkt in namur etwa 50 jugendliche der jap (allianz der bauernjugend), begleitet von den bauern. der region einen freien verkauf von rind- und schweinefleisch organisiert. sie wollten damit die öffentlichkeit auf die außerordentlich hohen verkaufspreise des einzelhandels aufmerksam machen und zeigen, welche rolle sie dabei haben.

im april 72 war der durchschnittspreis für ein kilo rindfleisch beim verkauf vom bauern 44,6 bf (belgische franc), der kunde am markt bezahlte für das gleiche stück 156,4 bf. in april 74 verkaufte der bauer die gleiche menge für 45,78 bf der handel forderte dafür jetzt 190,4 bf. für den erzeuger gab es somit eine preissteigerung von nur 1,17 bf, während der kunde 34 bf mehr bezahlen mußte. auf dem gemüsemarkt verkauften die bauern ihr fleisch um 45-50% billiger; die leute haben sich um die sachen gerissen. die polizei hat die aktion gestört, mit der begründung mangelnder hygienischer bedingungen.

die jap war es auch, die im februar 71 eine kuh in den ministerrat der ewg eintrieb.

im oktober 73 pflügten und besähten sie während der nacht in der gegend von spontin einen 60 ha großen acker mit weizen um gegen die tatsache zu protestieren, daß sehr teures ackerland unter irgendwelchen vorwänden nicht bebaut werden darf.

DOKUMENTATION

DOKUMENT 1

ERKLÄRUNG VON ROLAND OTTO ZU DER ERMORDUNG GÜNTER JENDRIANS IN MÜNCHEN AM 21. 5. 1974

diese erklärung ging auch an:

"münchner abendzeitung", münchen; "süddeutsche zeitung", münchen;
 "tz", münchen; "der spiegel", hamburg; "deutsche presseagentur", münchen;

"der oberstaatsanwalt" herbert fendt "zählt zur tatortsituation auch psychologische faktoren" ("der spiegel", nr. 22/1974). in der tat gibt es diese "psychologische faktoren" - nur hat der professionelle lügenbold fendt die wahren psychologischen faktoren verschwiegen. denn nicht gefundene waffen und munition, noch die "alte burg" (fendt), in der günter jendrian wohnte, keine "kreise extremistischer art", kein zu erwartendes feuergefecht waren es, was zum mord des killerkommandos führte. vielmehr sind die "psychologischen faktoren" - und das weiß auch der professionelle lügenbold fendt - in folgenden tatsachen begründet: im mai 1973 stellte ich bei der ebracher anstaltsleitung einen antrag auf urlaub. diesem antrag wurde entsprochen. tatsache ist, daß diese gewährung von urlaub nichts anderes als eine provokation war und von folgenden behördlichen stellen und personen betrieben wurde: der politischen abteilung der "staatsanwaltschaft beim lg münchen i, insbesondere den "ersten staatsanwälten" dieter emmerich, lutz trancelle, wolfgang wahl; der politischen abteilung bei der "kriminalpolizei" münchen; die "sonderkommission für baader-meinhof" des "bayerischen landeskriminalamts", unter leitung eines gewissen achim hausmann, dem bayer. staatsministerium der justiz, insbesondere dem ministerialdirigenten mayer, dem leiter der jva ebrach, regierungs direktor ruderisch und regierungsrat geitner, sowie der leitung der jva landsberg, insbesondere "oberregierungs-rat" lindinger. diese genannten behörden und personen hatten die erwartungshaltung und die dreckige spekulation, ich würde während meines urlaubs entweder kontakt zu genossen aufnehmen, die von der justiz auf die fahndungs-abschussliste gesetzt worden sind und die den bewaffneten kampf in der praxis durchführen oder aber selbst untertauchen. allein deswegen wurde mir 3 x urlaub gewährt.

tatsache ist, daß man, um urlaub zu bekommen, gewisse voraussetzungen erfüllen muß, die in der urlabsordnung des bayer. justizministeriums festgehalten sind. der gefangene muß beispielsweise "erkennen lassen", daß er gewillt ist, an "seiner resozialisierung mitzuwirken"; das war bei mir nie erkennbar. folgende ereignisse beweisen das; sie beweisen weiterhin, daß mir 3x urlaub nur aus den oben erwähnten gründen gewährt wurde: 1.) als ich im juni 72 am bundesweiten hungerstreik von gefangenen wegen des ausschusses des ra's schily von der verteidigung der genossin gud run ensslin beteiligte, ließ ich sicherlich keinen willen erkennen, an meiner "resozialisierung mitzuwirken". trotzdem wurde mir urlaub gewährt! 2.) als ich im dezember 72 wegen der massenbombardierungen nord-vietnams durch die us-imperialistischen schweinetausendschaften und gleichzeitiger herstellung von "kinderspielzeug" durch jugendliche gefangene in der jva ebrach in den hungerstreik trat, ließ ich sicherlich keinen willen erkennen, an meiner "resozialisierung mitzuwirken". trotzdem wurde mir urlaub gewährt. 3.) als ich im märz 1973 bei der ebracher anstaltsleitung beantragte, in einem innenbetrieb der jva arbeiten zu können, wurde dies von der anstaltsleitung wegen "gefahr der agitation" abgelehnt, obwohl ich mich damals seit nahezu 3 jahren in einzelhaft befand und davon 8 monate einer isolationsfolter ausgesetzt war. trotzdem wurde mir 3 monate später von derselben anstaltsleitung urlaub gewährt. 4.) als ich, ein "bankräuber", während des ersten urlaubs im mai/juni 73 mit rudolf putnik ein längeres telefonat führte, wurde dies von den bullen mitgeschnitten. putnik wurde kurze zeit später wegen teilnahme an einer bankenteignung verhaftet, das mitgeschnittene telefonat wurde ihm von den bullen vorgespielt. trotzdem wurde mir im september/oktober 73 und im jan. 74 wiederum urlaub gewährt. 5.) obwohl ich in allen meinen briefen die notwendigkeit des bewaffneten kampfes gegen die herrschaft der internationalen kapitalistenkonsorten artikuliert hatte, wurde mir urlaub gewährt. 6.) als im juni 73 eine angebliche "arbeitsverweigerung" von mir von der anstaltsleitung mit 7 tagen bunkerquittiert wurde, konnte die anstaltsleitung daraus sicher nicht den schluß ziehen, daß ich gewillt wäre, an "meiner resozialisierung mitzuwirken". trotzdem wurde mir urlaub gewährt. 7.) im september/oktober 73 wurden innerhalb von vier wochen 9 briefe und 1 karte von meiner verlobten gertraud will nicht ausgehändigt, weil sie die "sicherheit und ordnung der anstalt und die ziele des strafvollzugs gefährdeten". das konnte die landsberger anstaltsleitung allerdings nicht daran hindern, mir im november 73 urlaub zu gewähren, wobei ihnen klar war, daß ich die durchschläge von den angehaltenen briefen während des urlaubs lesen konnte und überhaupt meine verlobte treffen würde, die verlobte, die mit ihren briefen die ziele des strafvollzugs und die sicherheit und ordnung der anstalt gefährdete. 8.) als ich während des urlaubs im oktober/november 73 die von den oben genannten behördlichen stellen und personen gestellten auflagen mißachtete, indem ich beispielsweise nicht immer in wertheim bei meinen eltern blieb - es war eine auflage, dies zu tun -, sondern zwei tage in münchen war, wurde dies von den eingesetzten observierungseinheiten des bayer. landesamtes für verfassungsschutz und das lka's, sowie durch abgehörte telefonate zurkenntnis genommen. trotzdem wurde mir im januar 1974 zum dritten mal urlaub gewährt.

diese unter 1 - 8 aufgeführten tatsachen zeigen das ganze ungeheuerliche

ausmaß des verbrechens und das dreckige vorgehen der oben genannten stellen und behörden und personen. diese behördlichen stellen und personen - alleine sie - haben die verantwortung dafür zu tragen, was auch immer in zukunft geschieht. die behördlichen stellen und personen, die ich oben nannte, haben ferner und unzweideutig die verantwortung für den mord an günter jendrian zu tragen, und zwar aus zwei gründen: a) sie haben mir dreimal urlaub gewährt, obwohl ich in keinster weise die voraussetzungen, wie sie in der urlaubsordnung des bayer. staatsministeriums der justiz genannt sind, erfüllt habe. sie gaben mir dreimal urlaub, weil ich mittel zum zweck für ihre verbrecherischen machenschaften sein sollte. ihre verbrecherischen machenschaften waren die, daß sie durch mich auf genossen, die sie auf ihre fahndungs-abschussliste gesetzt hatten, stoßen wollten. sie tragen die verantwortung dafür, weil sie wollten, daß ich untertauche, um mittels eines wahnwitzigen observierungsaufwandes und einsatz modernster technischer geräte meine spur in die illegalität zu verfolgen. sie tragen die verantwortung, weil sie mir die gelegenheit zum untertauchen gaben. b) die bezeichneten behördlichen stellen und personen tragen die verantwortung für den mord an günter jendrian, weil sie nach meiner flucht im januar 1974 drei wochen lang wußten, wo ich mich aufgehalten habe und mich trotzdem nicht verhaftet haben. selbst als es mir gelungen war, tatsächlich unterzutauchen, d.h. daß sie nicht mehr wußten, wo ich war, sie mich aber nach zwei wochen durch einen zufall wieder gefunden hatten, veranlaßten die späteren mörder von günter jendrian nicht meine verhaftung, sondern "observierten" mich weiterhin vier tage, um dann endgültig meine spur zu verlieren und heute zu jammern, sie wußten nicht, wo ich sei. hätten die für die ermordung von günter jendrian verantwortlichen und oben bezeichneten behördlichen stellen und personen damals meine verhaftung veranlaßt - wozu sie übrigen s verpflichtet waren - würde günter jendrian heute noch leben. den beweis, daß man damals wußte, wo ich mich aufhielt, werde ich jederzeit antreten können.

es ist also nochmals festzuhalten: oben angeführte behördlichen stellen und personen wußten insgesamt vier wochen meinen aufenthalt, ohne daß sie mich verhafteten und obwohl ein haftbefehl des amtsgerichts bestand. die unter 1 - 8 und a. und b festgestellten tatsachen sind in wahrheit die "psychologischen faktoren", die eingangs erwähnt wurden. sie sind der grund für den sturmangriff auf günter jendrians wohnung, den faschistischen terror, die hinrichtung günter jendrians, den versuchten mord an wolfgang ghiman, für die 11 hausdurchsuchungen in münchen und anderswo. das ist faschismus. unter diesen umständen müssen sie einer interessierten öffentlichkeit die hintergründe der ermordung von günter jendrian und die hintergründe meines dreimaligen urlaubs zu verschweigen versuchen. angesichts der jetzt bekannten hintergründe ist es klar, warum der professionelle lügenbold fendt als sprachrohr der bekannten verantwortlichen für die ermordung g.j. erst dann zugeben hat, daß g.j. nicht geschossen hat, als es nicht mehr zu vertuschen war, als sich die öffentlichkeit nicht mehr betrogen ließ.

es ist bezeichnend, daß in jener mordnacht des 21. mai 74 ein gewisser und oben genannter achim hausmann eines der kommandos führte, hausmann, der eine woche vor der ermordung von günter jendrian vor zeugen verlauten ließ: "den otto erwischen wir in zwei oder drei monaten sowieso, und wenn dann geschossen wird, ist wohl klar, wer auf der strecke bleibt!"

der stein, den sie aufgehoben haben wird weiterhin auf ihre eigenen füße fallen! der kampf geht weiter!

DOKUMENT 2

MIETERINITIATIVE EPPENDORF - GRUPPE HAYNSTR./HEGESTR.

das haus haynstr./hegestr. ist nach wie vor von abbruch bedroht. es gehört seit 4 jahren der iha hausbau gmbh, einer baufirma, die das haus gekauft hat, um an einen bauplatz in eppendorf heranzukommen. die iha hat nichts anderes vor, als das haus abzureißen. es ist ohnehin nicht zwecksetzung der iha hausbau, alte häuser zu verwalten, sondern nur neue zu bauen. alles was die iha bis jetzt getan hat, dient dieser zwecksetzung, egal ob sie es auch öffentlich zugibt oder nicht.

inzwischen sind drei wohnungen leer. der hausbesitzer ließ gardinen an die fenster hängen - damit jeder denkt, es wohnen leute dort. er stellte mietverträge für einige wohnungen aus. die "mieter", die dabei unterschrieben, waren seine eigenen angestellten. die herren heißen kunkel, menzel und sautter. diese herren brauchen die wohnungen in der haynstr./hegestr. nicht, sie wohnen ganz woanders; herr sautter zum beispiel, der chefarchitekt der firma, wohnt sehr komfortabel in övelgönne an der elbe.

das bezirksamt nord ist von alldem unterrichtet worden; es kann "leider nichts tun". aber als wir begannen, flugblätter mit hinweisen auf diese wohnungen an bäume zu kleben und einen schaukasten vor unseren häusern befestigten, flatterten uns die bußgeldbescheide ins haus.

die aktionen der mieterinitiative fanden sofort breites interesse in der bevölkerung; die zuständigen behörden nahmen die forderungen der mieterinitiative immerhin soweit auf, daß sie die jahrelang gepflegte zusammenarbeit mit dem hauseigentümer aufgaben, die neubaupläne zurückwiesen und ihm schließlich auch den abbruch des Hauses haynstr./hegestr. verboten, unter hinweis auf die zweckentfremdungsverordnung des senats vom 7.2.1971.

die iha hausbau legte zwar gegen alles widerspruch ein, ließ es aber auf eine direkte auseinandersetzung mit den behörden nicht ankommen. vielmehr legte sie sich nun, da es auf öffentlich-rechtlichem gebiet nicht vorwärts ging, aufs zivilrechtliche, d.h. sie versuchte die mieter loszuwerden. die absicht, die dahinter stand, war klar. war das haus erst einmal leer, konnte man mit den behör-

den leichter fertigwerden, konnte abbruchgenehmigungen bekommen oder der baufälligkeit etwas nachhelfen (beispiele sind genügend bekannt) - eine letzte möglichkeit bestand auch darin, das leere haus an irgend-einen anderen spekulanten zu verkaufen (eine interessentin tauchte dann auch leibhaftig auf); leere häuser verkaufen sich besser, die iha hätte vielleicht sogar denuersprünglichen kaufpreis (1,5 mill. dm; auch schon ein wucherpreis) wieder hereinbekommen.

die iha kündigte. die kündigungsgründe lauteten in schlichtes deutsch übersetzt: im mietvertrag steht, daß die wohnungen zum vorübergehenden verbrauch vermietet sind und auf erstes anfordern zu räumen sind. dies anfordern ergeht hiermit. zweitens hat das bezirksamt nord uns aufgefordert, die wohnungen nicht zimmerweise zu vermieten. drittens haben die mieter verschiedentlich gegen den mietvertrag verstoßen.

die mieter widersprachen der kündigung, die iha erhob klage beim amtsgericht. die mieter verstärkten ihre öffentlichkeitsarbeit und legten auch in den verhandlungen vorm amtsgericht ihren fall als politischen fall dar.

das amtsgericht entschied: 1.) die wohnungen sind nicht nur zu "vorübergehendem gebrauch vermietet worden, wie die iha hausbau behauptet hatte. es liegen gültige mietverträge zur deckung des normalen wohnbedarfs vor, voller mieterschutz muß gewährt werden. auch ein geplanter abbruch kann hier keinen vorübergehenden gebrauch begründen, da die iha auf diese weise sich nur mit einer kurzen räumungsfrist andere wirtschaftliche verwertungen offenhalten wollte. dieser zweck entspricht nicht dem mit dem wohnKSchG verfolgten ziel. 2.) ein "berechtigtes interesse" hat die iha in ihrer kündigung nicht nachgewiesen. die bedeutung der entscheidung des amtsgerichts liegt darin, daß festgestellt ist, daß nicht durch bestimmte vertragskonstruktionen, die der vermietet diktiert, der mieterschutz umgangen werden kann. 3.) der kündigungsgrund "zimmerweise vermietung" ist ohne jede grundlage, die wohnungen sind im ganzen vermietet. 4.) die "verstöße" gegen den mietvertrag, wenn sie überhaupt stattgefunden haben (uns sie hatten meistens gar nicht stattgefunden) sind so geringfügig, daß sich mit ihnen keine kündigung rechtfertigen läßt.

die klage wurde am 7. dez. 1973 abgewiesen. die mieter begannen nunmehr, das urteil praktisch umzusetzen. sie sagten sich, daß der hauseigentümer nicht länger das haus verfallen lassen, notwendige reparaturen verschleppen und dennoch volle miete fordern dürfe.

sie setzten den mietpreis dort, wo er offensichtlich überhöht war, auf das gesetzlich zulässige maß herab, minderten wegen überall aufgetretener mängel die miete generell um 5 % und ließen notwendige reparaturen im eigenen auftrag ausführen und zogen die rechnungen von der miete ab. denn es war deutlich zu merken, daß die iha hausbau keine anstalten machte, ihrerseits die konsequenzen aus dem urteil zu ziehen, und sich mit den mieter über neue mietverträge zu einigen. ganz im gegenteil, sie legte berufung vorm landgericht ein und schlepte den prozeß gegen die mieterinitiative in die zweite instanz.

ihre argumente waren dieselben: die mieter hätten vielfach gegen den mietvertrag verstoßen. die mieter hätten die iha hausbau beschimpft und diffamiert. die iha befände sich im besitz ausreichender abbruchgenehmigungen; was das bezirksamt an verboten ausgesprochen hätte, sei alles verfälschungswidrig.

der prozeß begann anfang märz. inzwischen ist mehrmals verhandelt worden. die ersten beiden argumente wurden dabei überhaupt nicht erörtert, es ist anzunehmen, daß auch dieses gericht an derlei zänkereien und hintertreppengeschichten kein interesse hat.

dagegen stand im vordergrund die frage "abbruch erlaubt oder nicht?". das gericht ist, soweit erkennbar, auch der meinung, daß für einen abbruch eine wohnraumwirtschaftliche genehmigung (nach maßgabe der bewußten zweckentfremdungsverordnung) erforderlich ist. der rechtsbeistand der iha, herr dr. alvin gerson, hat das auch schon gemerkt und einen zettel aus der tasche gezogen, die verlängerung einer umbaugenehmigung vom jahre 1971. diese verlängerung wird routinemäßig erteilt und bezieht sich auch auf vorgelegte baupläne etc. ein hellsichtiger beamteter hat obendrein noch dazugeschrieben: "berechtigt nicht zur räumung". diesen zettel wies herr gerson vor, wohl in der annahme, auch das gericht werde diesen passus so großzügig überlesen wie er es selbst getan hat.

Übrigens ist der ganze umbauplan aus gründen der rentabilität schon vor einigen jahren zu den akten gelegt worden. ihn vor gericht noch einmal vorzuzeigen ist weiter nichts als ein manöver, um irgendwie doch noch die mieter rauszubekommen.

so weit der stand des prozesses in der zweiten instanz.

inzwischen ist die iha-hausbau sogar soweit gegangen, durch strafbare handlungen die öffentlichkeitsarbeit der mieterinitiative zu beeinträchtigen: am 14. mai 1974 stahlen angestellte der iha-hausbau aus dem hausflur des Hauses haynstr. 1 zwei sich dort befindliche große stelltafeln, verbrachten diese in ihre geschäftsräume und rissen dort die auf den tafeln festgeklebten plakate und großfotos ab. diese stelltafeln stehen im eigentum der freien und hansestadt hamburg, kulturbehörde, hochschule für bildende künste, tragen deren brandzeichen und waren an die mieterinitiative verliehen worden, um bei informationsständen verwendung zu finden. zu diesem zweck waren die tafeln mit kunstschriftplakaten sowie großreproduktionen von fotos beklebt. die aus holz gezimmerten stelltafeln plus fotos, arbeitsstunden u.ä. haben zusammen einen wert von etwa 800,- dm.

die mieterinitiative hat daraufhin zum einen strafanzeige wegen diebstahls und sachbeschädigung erstattet, zum anderen beim amtsgericht hamburg eine einstweilige verfügung auf herausgabe der beiden stelltafeln erwirkt.

trotz mehrmaligen vollstreckungsversuchen des gerichtsvollziehers konnten bisher lediglich die von den tafeln abgerissenen plakate und fotos sichergestellt werden. herr willy strauß,

geschäftsführer der iha-hausbau, verweigerte am 22. mai 1974 dem richtsvollzieher sogar den zutritt zum geschäftsgrundstück isestraße 141. - die geschäftsleitung der iha-hausbau schreckt also selbst vor weiteren rechtsbrüchen nicht zurück, um der mieterinitiative den besitz an den stelltafeln vorzuenthalten!
kontakt: gerhard strate, 2 hamburg 20, haynstr. 1, tel. 483735

DOKUMENT 3

AFFAIRE SUAREZ - SPITZEL IM KOMMANDO

am 3. mai wurde der direktor der bank von bilbao in paris von drei maskierten und bewaffneten männern von seinem wohnsitz entführt. 19 tage später wurde balthasar suarez, der direktor, im bois de vincennes wieder freigelassen, nachdem der gari (groupe d'action révolutionnaire internationaliste), die sich für die entführung verantwortlich erklärt hatte, ein lösegeld gezahlt worden war. am selben tag schon erfolgten mehrere verhaftungen durch die polizei. 9 personen wurden vom untersuchungsrichter unter der anklage schwerer begünstigung ins gefängnis gesteckt.

aber hinter dieser affaire nimmt das gespenst der infiltration durch polizisten oder andere spitzel in die anarchistische gruppe gestalt an. und heute sind wir sogar imstande, einige details über solche infiltration zu geben.

in den ausgaben vom 22. und 23. januar deckte libération die aktivitäten einer spitzelagentur auf, die unter der leitung von dr. gerhard harmut von schubert in alicante und zürich rekrutierte. letzterer ist eine wohlbekannte figur in der welt der nachrichten: als ehemaliger spezialist des nazi-propagandaministeriums dr. goebbels, der nach dem krieg adjunkt des professors johannes von leers, alias omar amin von leers wurde, welcher in argentinien und nach dem sturz perons in ägypten und im irak wütete, ist dr. von schubert ein experte des untergrundkrieges. nachdem er genug davon hat, stets nur den söldner zu spielen, beschließt unser mann sich unabhängig zu machen und gründet in alicante, spanien, die "paladin group", ein spitzelkommando, das hochqualifizierte spezialisten auf vielen gebieten versammelt, die bereit sind, jede mission auszuführen, ohne geographische limiten, aber gegen substantielle entschädigungen. die sukzessiven kunden der paladingroup waren unter anderem der hauptmann agamemnon von der kyp, dem griechischen spezialdienst, die englische industriegruppe cadbury's der westdeutsche trust rheinmetall und die südvietnamesische regierung. durch die verschiedenen erfolge gestärkt unterschreibt dr. schubert einen vertrag mit dem spanischen geheimdienst über die "einziehung" (récupération) von baskischen chefs und militanten, die ins ausland geflohen sind. sofort - wir haben januar 74 - macht sich der "docteur miracle" an die arbeit und rekrutiert aktionsgruppen, mit zwei zielrichtungen: infiltration der antifranzösischen gruppen und neutralisierung ihrer härtesten elemente, neutralisierung d.h. entführung, gefangennahme oder ganz einfach physische liquidierung.

die aktionsbasen von schuberts sind zahlreich: bruxelles, 33 rue du congrés; genève, 81 avenue louis casai; zürich, rennweg 42/44; london, 119 oxford street und natürlich paris, in den gemieteten büros 15 avenue victor hugo. die tarnung der gruppe? eine gesellschaft, die auf waffenhandel spezialisiert ist, die "worldarmco", deren geschäftsführer offensichtlich von schubert ist. die rekrutierung ist leicht, in diesen harten zeiten, für söldner und spitzel; es genügt ein basislohn von 6000 nf mit zusätzlichen prämien natürlich. und die prämien in diesem beruf....

diesmal hat der stil gewechselt und junge, langhaarige leute sind willkommen. natürlich wird ihnen keine "aktions"-mission anvertraut, aber man spezialisiert sie auf infiltration und information. keine flucht ist möglich, die infos steigen die pyramide hinauf und an der spitze sitzt der "docteur miracle", der sie an die spanische regierung verkauft. diese muß sie nur noch, offiziös aber wirksam, an den französischen geheimdienst weitergeben, der im richtigen moment eingreift und leichterworbenen ruhm emtet.

es ist interessant festzustellen, daß in den tagen die der verhaftung von anne und lucio urtuia, zwei nebenpersonen bei der entführung des banquiers, in clichy (seine saint-denis) vorausgingen, ein weißer porsche 911 mit tessiner nummernschild (schweiz) stundenlang in der nähe der wohnung des basken und seiner frau stand. dieses auto gehört einem rekrutierungsagenten von schuberts, paolo barzel, extremist im südtirol.

ganz eigenartig ist die anwesenheit jean vincent's in avignon, eines 32jährigen belgiers, eine bekannte figur im söldnermilieu von brüssel und wien. martini, der einen mercedes mit genueser nummernschild fährt, hat zwölf tage im gebiet um avignon verbracht, in begleitung von zwei jungen männern und einer jungen frau, die nicht identifiziert werden können. nun ist martini ein mann von schuberts.

wenn die hauptverantwortlichen dieser äußerst seltsamen entführung noch in frankreich sind, hat dies vielleicht seinen guten grund. die männer der paladingroup sind an alle arten von provokation gewöhnt und nicht wählerisch. in der wahl der mittel - noch weniger heute, wo sie durch den blutigen greis in madrid gestützt werden. letzten freitag bot in paris in der nähe des invalidendoms ein ca. 30jähriger, gutgekleideter mann mit schnauz und kranzbart einer gruppe von jungen thompsons an. bot sie an, oder eher: verschleuderte sie, denn das angebot erfolgte zu lächerlichen preisen und die lieferung sollte sofort erfolgen. der mann fuhr einen grauen metallisierten bmw 2800, der in der schweiz angemeldet ist und mit einer französischen zollnummer fährt. es handelt sich um harmut bragard, einen deutschen militanten rechtsextremisten, der in die paladingroup aufgenommen und von der worldarmco angestellt worden ist. für welche "kämpfe", für welche provokationen?